

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **39 (1960)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

- 1947: «Music at Night»; «An Inspector calls» («Ein Inspektor kommt»)
 1948: «The Linden Tree» («Der Lindenbaum»); «The Golden Fleece»
 1949: «Home is tomorrow»
 1950: «Ever since Paradise» («Seit Adam und Eva»); «Summer day's dream» («Sonntagstraum»)
 1953: «Treasure on Pelican»; «Mother's Day»
 1955: «The scandalous Affair of Mr. Kettle and Mrs. Moon» («Und das am Montagmorgen»); «Take the Fool away» («Schafft den Narren fort»)

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Zu Beginn des Monats sind die Würfel bei der *Ständeratsersatzwahl* in *Baselstadt* gefallen. Der Kandidat des Bürgerblocks, Nationalrat Dr. Eugen Dietschi, gewann das Rennen mit 16 419 Stimmen und erzielte einen Vorsprung von 1215 Stimmen auf den Sozialdemokraten Nationalrat Ernst Herzog. Der Sozialdemokratie ist es somit leider nicht geglückt, der im Ständerat ohnehin untervertretenen Arbeiterschaft in Basel das Mandat zu erhalten. Das ist um so bedauerlicher, als im ersten Wahlgang vom 21. Februar Genosse Herzog zur Überraschung des siegesgewissen Bürgertums nur 67 Stimmen hinter Dr. Dietschi zurückgeblieben war. Die Jungkonservativen, die im ersten Wahlgang Stimmenthaltung beschlossen hatten, unterstützten im zweiten Wahlgang Dietschi und trugen dazu bei, daß der Freisinn in der Bundesversammlung nun einen Vertreter mehr als die Konservativen stellt und zur stärksten Fraktion aufgerückt ist. Daß Genosse Herzog im zweiten Wahlgang Stimmen verlor, hängt zunächst mit dem schikanösen, von den Grundsätzen der Stimmerleichterung weit entfernten Basler Wahlverfahren zusammen. Dem Stimmbürger wird nur ein Stimmausweis zur Verfügung gestellt; man überläßt es ihm, diesen Ausweis für einen allfälligen zweiten Wahlgang aufzubewahren oder sich dann eben einen neuen zu beschaffen. Einen besonders raffinierten Streich leistete sich der bürgerlich geführte ACV, der ausgerechnet vor dem zweiten Wahlgang 500 Mietzinserhöhungen

vornahm. So entstand beim Durchschnittsbürger, der zwischen VSK und ACV nicht unterscheidet, der Eindruck, es sei Herzog, dem Exponenten des VSK, nicht ernst im Kampfe gegen Teuerung und Mietzinserhöhung. Diese Wahl hat aber auch gezeigt, daß offenbar gerade die breiten Massen des arbeitenden Volkes nicht gleichermaßen zur Urne gehen wie die bürgerlichen Kreise. Die Stimmbeteiligung betrug im ersten Wahlgang 51 Prozent und im zweiten bloß 49 Prozent. Solange die Trägheit und die Interesselosigkeit der Arbeiterschaft nicht überwunden werden kann, hält es nicht nur schwer, eine wirksame Vertretung in Legislative und Exekutive zu erhalten, sondern der gesellschaftliche, soziale und kulturelle Fortschritt schlechthin ist in Frage gestellt. Die Zürcher Arbeiter und Angestellten werden hoffentlich aus der Basler Ständeratswahl eine Lehre ziehen und für den zweiten Wahlgang alle fortschrittlichen Wähler aufrütteln, daß sie am 3. April für den gerechten Anspruch der Sozialdemokratie marschieren und unserem Genossen Meierhans die Stimme als Ständerat geben.

Erfreulich ist der Abstimmungsausgang über die *Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes im Kanton Genf*. Mit einem Mehr von 18 152 Ja gegen 14 593 Nein haben die Genfer Stimmberechtigten am 6. März 1960 der politischen Gleichberechtigung der Frauen in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten zum Durchbruch verholfen, nachdem seit dem Jahre 1921 das Frauenstimmrecht in vier kantonalen Abstimmungen, letztmals 1953, abgelehnt worden war. Konsequentes Eintreten für einen Grundsatz lohnt sich also, und anfängliche Niederlagen sind die Bausteine zur schließlichen Verwirklichung. Nachdem die Frauen nun in den drei welschen Kantonen Waadt, Neuenburg und Genf als gleichwertige Glieder der staatlichen Gemeinschaft anerkannt werden, darf man auch in einzelnen deutschschweizerischen Kantonen den Kampf für das Frauenstimmrecht zuversichtlich wieder aufnehmen. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist ebenfalls zu hoffen, daß ein Schritt in der Richtung der Gleichberechtigung der Frau getan wird. Die nationalrätliche Kommission hat nämlich im Gegensatz zum Bundesrat beschlossen, dem Rate die Genehmigung des Übereinkommens über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit zu empfehlen, eines Übereinkommens, das durch die Internationale Arbeitskonferenz schon 1951 beschlossen wurde und dessen Ratifikation Genosse Leuenberger mit einem Postulat im Jahre 1958 nachdrücklich gefordert hatte. Der Nationalrat hat nun mit 96 Ja gegen 14 Nein seiner Kommission zugestimmt, und es ist zu hoffen, daß auch der Ständerat Hand zu diesem bescheidenen Fortschritt bietet.

In der Frühjahrssession der eidgenössischen Räte haben unsere Genossen verschiedene wichtige Vorstöße unternommen. Rudolf Welter fordert in einem Postulat vom Bundesrat eine Vorlage, die Maßnahmen zur *Bekämpfung der Bodenspekulation* enthält. Die schädlichen Auswirkungen der Bo-

denpreissteigerungen stehen eindeutig fest: Verteuerung der Wohnungs- und Geschäftsmieten, Erhöhung der Lebens- und Produktionskosten, Beeinträchtigung auf den Weltmärkten. Daß die Bodenspekulation und die damit verquickte immer rapidere Steigerung der Bodenpreise zu krassen Auswüchsen geführt haben und in gefährlichem Ausmaß unser ganzes Preis- und Sozialgefüge zu unterhöhlen drohen, ist ebenfalls so deutlich erkennbar, daß selbst bürgerliche Kreise an dieser Tatsache nicht vorbeisehen können. Es gilt aber, von der Diagnose zur Therapie überzugehen. Vor über Jahresfrist schon, am 11. Dezember 1958, hat eine Studienkommission dem Justiz- und Polizeidepartement einen Bericht über die Bekämpfung der Bodenspekulation unterbreitet und darin praktikable Maßnahmen vorgeschlagen. Es ist deshalb zweifellos an der Zeit, daß der Bundesrat nun entsprechende gesetzliche Bestimmungen den Räten zur Behandlung vorlegt, wie das sinngemäß schon 1955 und 1956 durch die Genossen Spühler und Freimüller gefordert worden war. Man darf aber auch nicht zuwarten, mit konkreten rechtlichen Vorschriften gegen den sogenannten «Ausverkauf der Schweiz», das heißt den massiven Landverkauf an Ausländer, vorzugehen, bringt diese Entwicklung doch nicht nur wirtschaftliche und soziale Mißstände, sondern bedeutet sie eine eigentliche nationale Gefahr von noch nicht abzusehendem Ausmaß.

Otto Schütz weist mit einer Interpellation auf die *prekäre Lage der AHV-Rentner* hin. Die Sozialdemokratische Partei hat Ende des Jahres 1958 innert weniger Wochen 120 948 Unterschriften für eine Volksinitiative auf Verbesserung der AHV-Renten gesammelt. Seit dem 22. Dezember 1958 liegt diese Initiative bei der Bundeskanzlei. Am 22. Mai 1959 hat ein überparteiliches Komitee eine Volksinitiative auf Erhöhung der AHV-Renten eingereicht. Nachdem die Lebenshaltungskosten ständig steigen und durch die Brotpreiserhöhung, die Preisbegehren für Milch und andere wichtige Nahrungsmittel und die Lockerung der Mietzinskontrolle eine eigentliche Teuerungswelle auszubrechen droht, darf der Bundesrat nicht länger zögern, die Volksinitiativen zu behandeln und sie dem Parlament und dem Volke vorzulegen. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Teuerung sollte aber auch unbedingt etwas für die Übergangrentner getan werden, die sich infolge der ungenügenden Renten größtenteils in einer eigentlichen Notlage befinden. Diesen armen alten Leuten ihr Los zu erleichtern, sollte bei dem beinahe sprichwörtlichen großen AHV-Fonds doch zweifellos möglich sein.

Wie schon in der Dezembersession, wurde um die *Preis- und Mietzinskontrolle* heftig und verbissen gekämpft. In einer ersten Monstredebatte kamen nicht weniger als 21 Redner zu Worte. Es ging nach wie vor darum, ob um der sturen Doktrin willen, die «Wirtschaftsfreiheit» auf dem Wohnungssektor wiederherzustellen, Hunderttausende von Mietern erheblichen Mietzinserhöhungen ausgesetzt werden sollen. Wenn der Bundesrat und die Kreise, die hinter dessen Vorlage stehen, tatsächlich auf die wirtschaftliche

Entwicklung und die soziale Lage der Mieter Rücksicht nehmen wollen, sollten sie nicht so vehement auf der imperativen Anweisung zum Abbau der Kontrolle verharren. Vor allem aber sollten sie – wenigstens dann auf der Gesetzesstufe – Hand dazu bieten, daß ein gewisser Leerwohnungsbestand als Voraussetzung für eine Lockerung der Mietzinskontrolle statuiert wird. Die Mietzinsüberwachung ist nach wie vor mit größter Reserve zu betrachten, ruft sie doch einem aufgeblähten Bürokratismus, ohne den Mietern wirklichen Schutz zu bieten. Man wird den Verdacht nicht ohne weiteres los, daß auch deren Befürworter zum vornherein damit rechnen, diese Überwachung werde sich praktisch so schlecht bewähren, daß auch sie aufgehoben werden muß und der Mieter dann vor dem Nichts steht. Auf Antrag des Genossen Leuenberger wurde das Geschäft schließlich vertagt und die Kommission beauftragt, einen neuen Kompromißvorschlag auszuarbeiten. Sie hat sich dieser Aufgabe durch die Übernahme des Antrages Ackermann entledigt, der lautet: «Die Mietzinskontrolle ist schrittweise zu lockern, soweit dies ohne wirtschaftliche Störungen und soziale Härten möglich ist. Die Lockerung kann unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse auch durch Einführung einer Mietzinsüberwachung erfolgen...» Ein Antrag Schütz, der die Mietzinsüberwachung nur «auf Antrag der Kantone» eingeführt wissen wollte, war mit 12 zu 9 Stimmen verworfen worden. Der Kommissionsantrag wurde schließlich auch im Rate angenommen mit 96 gegen 73 Stimmen, die auf einen Antrag Philipp Schmid entfielen, der den Gedanken des Genossen Schütz auf Verlagerung der Kompetenz zur Einführung der Mietzinsüberwachung auf die Kantone wieder aufgegriffen hatte. Ein Antrag des Genossen Dellberg, der die Berücksichtigung der Wohnungsmarktlage im Verfassungstext ausdrücklich festhalten wollte, blieb mit 44 Stimmen gegenüber dem Kommissionsantrag, auf den 101 Stimmen entfielen, in Minderheit. Einer weiteren Diskussion rief der Abbau der Preisausgleichskasse für Milch und Milchprodukte. Der von Otto Schütz vertretene Antrag der Kommissionsminderheit, der die Beibehaltung der Ausgleichskasse verlangt, wurde mit 87 zu 51 Stimmen abgelehnt. Somit werden in Zukunft für Milch und Milchprodukte keine Bundeszuschüsse mehr gewährt, und die Konsumenten haben damit eine weitere Milchpreisverteuerung zu tragen, die in den Städten bis 5 oder 6 Rappen betragen wird. Werden die 13 Millionen Franken, die man damit einzusparen glaubt, wohl zur weiteren Absatzförderung von Milchprodukten im Ausland verwendet? In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 93 gegen 13 Stimmen bei massiven Enthaltungen angenommen. Durch die Beschlüsse des Nationalrates, die vom Ständerat höchstens noch verschlechtert werden, ist die für die Arbeiterschaft tragbare Formulierung der seinerzeitigen Kommissionsmehrheit (Antrag Schütz) betreffend der Mietzinskontrolle derart verwässert und getrübt worden, daß sich die Sozialdemokratische Partei, nachdem auch die Preis-

ausgleichskasse für Milch und Milchprodukte gefallen ist, sehr gründlich wird überlegen müssen, ob sie noch zu diesem Werk stehen kann oder ob nicht auf dem Weg der Initiative eine wirklich soziale Lösung des ganzen Problems gesucht werden muß.

Dr. Arthur Schmid

Außenpolitik

Die Tatsache, daß zwischen *Bonn und Madrid Besprechungen* über die Errichtung von Nachschubbasen für die westdeutsche Bundeswehr in Spanien stattgefunden haben, hat unangenehme Erinnerungen an die dreißiger Jahre wachgerufen. In der englischen Presse wurde ein Entrüstungssturm entfacht, der sich zum Teil zu einer antideutschen Stimmungsmache steigerte. Über die Frage der militärischen Notwendigkeit solcher Nachschubbasen sei an dieser Stelle nicht diskutiert. Sicher ist aber, daß das Vorgehen des westdeutschen Verteidigungsministers politisch höchst unklug war. Franz Josef Strauß scheint es zwar nicht an politischem Ehrgeiz, dafür aber an psychologischem Fingerspitzengefühl zu fehlen. Die spanisch-westdeutschen Gespräche bedeuten nicht nur eine – gelinde gesagt – Brüskierung der NATO, sondern auch all jener Kreise, die das undemokratische Regime in Spanien verurteilen und von einer Zusammenarbeit mit dem Franco-Regime nichts wissen wollen. Sogar die der westdeutschen Regierung so wohlgesinnte «Neue Zürcher Zeitung» bezeichnete den Vorstoß der Bundesrepublik als Mißgriff und das Ergebnis dieser Sondertour als politische Schlappe.

De Gaulle ist der Mann, der es außerordentlich gut versteht, immer wieder neue Rätsel aufzugeben. Nach der Liquidierung des Aufstandes der französischen Ultras in Algerien schien sich die Möglichkeit einer liberalen Lösung des Algerienproblems abzuzeichnen. Die Äußerungen des französischen Staatschefs im Laufe seiner Inspektionsreise durch Algerien haben diese Hoffnung brutal zerstört. Sie haben in den fortschrittlichen Kreisen Frankreichs Enttäuschung hervorgerufen, nicht zuletzt bei den französischen Sozialisten der Richtung Guy Mollets, die bis anhin die Algerienpolitik de Gaulles unterstützt haben. Bei den Algeriern selbst dürfte de Gaulle mit seiner überraschenden Kehrtwendung den letzten Kredit verspielt haben. In der sozialdemokratischen westdeutschen Wochenzeitung «Vorwärts» (11. März 1960) schreibt Helmut Lindemann über die *neue Algerienpolitik de Gaulles*: «Was de Gaulle in der vorigen Woche in Algerien vor französischen Offizieren gesagt hat, ist der klare Beweis dafür, daß er nicht mehr zu seiner Algerienpolitik vom September 1959 steht. Er hat drei entscheidend neue Dinge gesagt: Einmal hat er erklärt, die Regelung der algerischen Frage könne auf sehr lange Zeit hinaus nicht mehr erwartet werden. Zweitens hat er einen Sieg der französischen Waffen als Voraussetzung jeder

friedlichen Regelung gefordert. Drittens hat er zwar wieder gesagt, daß die Algerier selbst über ihr politisches Schicksal bestimmen könnten, daß Frankreich aber auf jeden Fall in Algerien bleiben werde.» De Gaulle will keine Verhandlungen mit den algerischen Rebellen, er will die militärischen Aktionen bis zur «Befriedung» weiterführen. Das von ihm selbst proklamierte Selbstbestimmungsrecht für Algerien droht zur reinen Farce zu werden.

In *Italien* ist eine *Regierungskrise* ausgebrochen, die dadurch ausgelöst wurde, daß die Liberalen der Regierung Segni ihre weitere Unterstützung versagten. Der Rücktritt der Regierung wurde vom christlichdemokratischen Senatspräsidenten Cesare Merzagora zu einer äußerst scharfen Kritik benutzt; er kritisierte, daß die gegenwärtige Regierungskrise, ebenso wie frühere Krisen, außerhalb des Parlamentes eröffnet wurde; er wies auf die politische Korruption in Italien hin, wandte sich gegen den politischen Druck finanzstarker Interessengruppen und die sehr extensive Auslegung der Kompetenzen des Staatspräsidenten Giovanni Gronchi. Merzagora fand zuerst Zustimmung ... dann Kritik, so daß er schließlich demissionierte.

Die Lösung der italienischen Regierungskrise wird durch das Vorhandensein verschiedener Strömungen innerhalb der Democrazia Cristiana erschwert. Giovanni Gronchi hat Segni, den «alten» Ministerpräsidenten, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Ob Segni Erfolg haben wird und auf welche politische Parteien er sich stützen kann, steht im Zeitpunkt der Berichterstattung (15. März) noch nicht fest.

Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks ist von einem schweren Schlag getroffen worden. Der Führer der dänischen Sozialdemokratie und dänische Ministerpräsident *Hans Christian Hansen* ist im Alter von nur 53 Jahren gestorben. Hans Christian Hansen, Sohn eines Schuhmachers, war der Nachfolger Hans Hedtofts, der vor fünf Jahren als Fünfziger gestorben ist. Neuer Ministerpräsident wurde der Sozialdemokrat Viggo Kampmann.

In *Australien* ist ein Wechsel in der Leitung der Labour Party erfolgt. Anstelle des zurückgetretenen Dr. Herbert Evatt hat sein bisheriger Stellvertreter, Arthur Calwell, das Amt des Parteivorsitzenden und Oppositionsführers im australischen Parlament übernommen.

Das Jahr 1960 ist für *Afrika* ein Jahr von historischer Bedeutung. Belgisch-Kongo wird am 30. Juni unabhängig; Italienisch-Somaliland erhält im Juli Freiheit und Unabhängigkeit; die britische Verwaltung von Nigeria geht am 1. Oktober zu Ende; im Jahre 1960 wird in Tanganjika durch Volkswahl der erste afrikanische Premierminister gewählt; in diesem Frühling beginnen in London Verhandlungen über die Unabhängigkeit der Sierra Leone; im Herbst wird an einer Konferenz in London das künftige Schicksal der Zentralafrikanischen Föderation bestimmt; auch in Kenia geht die Vorherrschaft des weißen Mannes ihrem Ende entgegen.

James Callaghan, der Hauptsprecher der englischen Labour Party für Kolonialfragen, nennt im Zusammenhang mit dem Afrika-Jahr 1960 der Labour Party fünf Ziele:

1. Boykott aller südafrikanischen Waren, um damit gegen die unmenschliche Rassenpolitik in Südafrika zu demonstrieren.

2. Vermehrte Anstrengungen, um die Befreiung von Dr. Banda, der sich zusammen mit Hunderten von politischen Gefangenen in Njassaland im Gefängnis befindet, zu erwirken.

3. Weiterführung des Kampfes gegen die konservative Politik in bezug auf Zentralafrika. (Die verfehlte Politik der Konservativen Partei hat dazu geführt, daß sich jeder patriotisch gesinnte Afrikaner in einen Rebellen gegen Großbritannien verwandelt hat.)

4. Verhinderung einer Balkanisierung Afrikas; die Afrikaner müssen zur Schaffung einer Art Vereinigter Staaten von Afrika ermutigt werden.

5. Aufstellung eines Entwicklungsplanes für Afrika.

James Callaghan faßt die Probleme Afrikas in folgenden Worten zusammen: Es gibt nicht genug Nahrungsmittel – es gibt zu viele Menschen; es gibt nicht genügend Ärzte – es gibt zu viele Krankheiten; es sind zuwenig Lehrer vorhanden und zu viele Schüler; es gibt zuwenig Experten und zu viele Probleme.

B. H.

Literatur

Hans Zbinden: «Der bedrohte Mensch», Francke-Verlag, Bern.

Bei diesem Buch von Professor Hans Zbinden handelt es sich um eine Sammlung von neun Vorträgen und Aufsätzen. Ob nun der Verfasser die «Lebensängste des modernen Alltags» oder die «Gewissenskrise der Gegenwart» behandelt oder sich zum Thema «Technik als Bedrohung und Hilfe» äußert, immer geht es ihm um den Menschen. Er befaßt sich mit den Daseinsproblemen des heutigen Menschen, mit seinen Nöten und Ängsten, mit der mannigfachen Bedrohung des Menschlichen in unserer Zeit. Auch dort, wo man vom sozialdemokratischen Standpunkt aus mit Hans Zbinden nicht gleicher Meinung sein kann – vor allem wohl in seinem Aufsatz «Grenzen und Gefahren des Sicherheitsstrebens» –, wirken die Ausführungen des Berner Professors anregend; denn schließlich müssen wir uns auch als Sozialdemokraten überlegen, ob das Streben nach äußerer, materieller Sicherheit ein Ergebnis des Verlustes der inneren Sicherheit ist, und es ist uns die Aufgabe gestellt, nach einem Gleichgewicht zwischen Freiheit,